

QUELLEN

Ein neues Dokument zum Staatseingriff in Preußen (1933)

Von Helmut Baier und Jonathan R. C. Wright

In der mehr und mehr unübersehbar werdenden Literatur der Kirchenkampfgeschichtsschreibung wurde der Staatseingriff in Preußen stets ausgiebig gewürdigt. Die Fakten und der weitere Kontext dürfen deshalb als bekannt vorausgesetzt werden.¹

Während so der Ablauf der Geschehnisse in der „amtlichen“ Kirche sehr gut dokumentiert werden konnte, fehlen in der veröffentlichten Literatur die entsprechenden Quellen zum Verhalten der Staatsstellen und der Deutschen Christen in gleicher Ausführlichkeit. Das vorliegende Dokument entstammt dem Deutschen Zentralarchiv, Historische Abt. II, Merseburg, Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rep. 76, III. Sekt. 1, Abt. II Generalia Landessachen 49/I (Beiheft H.). Es stellt ein in Maschinschrift, nicht immer fehlerlos abgefaßtes Protokoll² der Sitzung Jägers mit seinen Kommissaren vom 26. Juni, zwei Tage nach seiner Amtseinsetzung, dar.

¹ Vgl. *Wilhelm Niemöller*: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche. Bielefeld 1948; *Walter Conrad*: Der Kampf um die Kanzeln. Berlin 1957; *Günther van Norden*: Kirche in der Krise. Düsseldorf 1963; *Jonathan R. C. Wright*: 'Above Parties': The political attitudes of the German Protestant church leadership, 1918-1933. In Drucklegung; *Oskar Söbngen*: Wie es anfang. Die Einsetzung des Staatskommissars und die Usurpierung des EOK in Berlin im Juni 1933, in: Gestalten und Wege der Kirche im Osten. Ulm 1958; *Oskar Söbngen*: Hindenburgs Eingreifen in den Kirchenkampf, in: Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes Bd. 15. Göttingen 1965; besonders hingewiesen sei auf den jüngst erschienenen Aufsatz von *Oskar Söbngen*: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche auf die Einsetzung eines Staatskommissars durch den nationalsozialistischen Staat, in: Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes Bd. 26. Göttingen 1971. Ebenso zu berücksichtigen ist *Carsten Nicolaisen*: Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches Band I, Das Jahr 1933. München 1971, S. 67-94. Die 1972 von der Universität Tübingen angenommene theol. Diss. von *Leonore Siegele-Wenschkewitz*: Partei, Staat und Kirchen. Materialien zur nationalsozialistischen Religionspolitik bis 1935 stand den Verfassern noch nicht zur Verfügung.

Für die einzelnen Provinzen und Landeskirchen Preußens ist die bereits erschienene Spezialliteratur heranzuziehen.

² Korrekturen wurden stillschweigend vorgenommen. Wo Wörter fehlten, wurden sie in eckigen Klammern eingefügt.

Hossenfelder war bereits kommissarischer geistlicher Vizepräsident, der Evangelische Preßverband besetzt, der Evangelische Oberkirchenrat (EOK) leistete offenen Widerstand, die Generalsuperintendenten hatten dem Staatskommissar in ihrem Aufruf an die Gemeinden und Pfarrer eine öffentliche Absage erteilt, der Kirchensenat war aufgelöst, Jägerhörige Bevollmächtigte für die altpreußischen Kirchenprovinzen und die neupreußischen Landeskirchen sowie weitere kommissarische Mitglieder für den EOK in Berlin eingesetzt, als sich am Nachmittag dieses denkwürdigen 16. Juni 1933, einem Montag, die Bevollmächtigten Jägers im Gebäude des EOK zu ihrer ersten „Dienstbesprechung“ einfanden.³ Neben den Bevollmächtigten, die in der Reihenfolge ihrer am 25. Juni bekanntgegebenen Berufung ihre Lageberichte abzugeben hatten, beteiligten sich an dieser mindestens dreieinhalbstündigen Sitzung, die unter dem Vorsitz Jägers und zeitweise Werners, des kommissarischen Präsidenten des EOK, stand, auch der kommissarische weltliche Vizepräsident des EOK, der Breslauer Konsistorialrat Dr. Fürle, Oberkonsistorialrat Banke, der sich als Referent des rechtmäßigen EOK für die Gebiete der Altpreußischen Union (ApU) außerhalb der Reichsgrenzen Jäger zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt hatte,⁴ ein namentlich nicht genannter Vertreter aus dem Saarland, die Mitglieder der Reichsleitung der Deutschen Christen (DC), Bundespfarrer Peter und D. Freitag sowie DC-Pfarrer Christiansen als „Pressesachverständiger“ und Wehrkreispfarrer Müller. Die Sitzung behandelte zwei Tagesordnungspunkte, die Neubildung der Kirche – als Machtübernahme durch DC und Nationalsozialisten in den kirchlichen Körperschaften mit Hilfe der Bevollmächtigten gedacht –, und die Gleichschaltung der kirchlichen Presse und des Rundfunks zu diesem Zweck. Das Protokoll setzt bereits mit der Diskussion um die Neubildung der Kirche ein, Einleitungs- oder Begrüßungsworte fehlen.⁵

Das Protokoll bestätigt die Mitwisser- oder sogar Urheberchaft Görings bei diesem Staatseingriff.⁶ Die Aufzählung der Befehlsverhältnisse (Bevoll-

³ Oskar Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 50 erwähnt die Sitzung, deren Inhalt ihm in einer treffenden Gesamtcharakteristik berichtet worden war. Jäger war von Dr. Wilhelm Stuckart ins Ministerium nach Berlin geholt worden. Vor 1933 war Stuckart beim damaligen Landgerichtsrat Jäger in Wiesbaden als Referendar tätig gewesen (Mitteilung Hossenfelders vom 7. 9. 1972). Ab 3. Juli 1934 als Staatssekretär im Reichserziehungsministerium und nach einer Zwangspause ab 11. März 1935 als Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Abteilung Verfassung Gesetzgebung, gilt er aufgrund seiner Denkschrift „Staat und evangelische Kirche“ als Initiator des kirchenpolitischen Kurses von 1935 an (vgl. L. Wenschkewitz: Zur Geschichte des Reichskirchenministeriums und seines Ministers; in: Tutzing Texts Sonderband I, S. 185 ff. München 1969).

⁴ Oskar Söhngen: Wie es anfang, S. 187.

⁵ Wahrscheinlich erklärt sich damit auch die Differenz des bei Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 50 auf 15 Uhr und in dem vorliegenden offiziellen Protokoll auf 15.30 Uhr datierten Sitzungsbeginns.

⁶ Vgl. O. Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 55 f.: In dem am 27. Juni von Göring an Rust übermittelten Schreiben gab er sich bzw. das Staatsministerium schlicht als *summus episcopus* aus (vgl. C. Nicolaisen a.a.O. S. 75).

Dankenswerterweise bestätigte Hossenfelder in einer Mitteilung vom 7. 9. 1972, daß er, Rust und Jäger nach Karin hall zu Göring gebeten worden seien, wo die Ein-

mächtigte-Jäger-Göring) läßt keinen anderen Schluß zu. Sie war sicherlich nicht nur eine routinemäßige Erwähnung der tatsächlichen Befehlshierarchie. Es fehlt der Hinweis auf Hitler. Unter Umständen wußte er vor Beginn des Einbruches von den geplanten Maßnahmen ebensowenig wie im Falle Mecklenburg, da sich Göring sonst wohl bei der vor der Aktion mit Rust, Jäger und Hossenfelder in Karin hall abgehaltenen Besprechung dahingehend geäußert hätte.⁷ Im engen Einvernehmen mit Göring hatte sich Rust am stärksten engagiert, für den es nach eigenem Bekunden kein Zurück mehr von dem bewußt beschrittenen Weg gab.

Die Stellung der Bevollmächtigten und ihre Kompetenzen wurden erst im Verlauf dieser Unterredung festgelegt. Aus vielen ihrer Äußerungen spricht der brutale Wille, mit den Machtverhältnissen der Nationalsozialisten kirchliche Körperschaften und Organisationen den eigenen Zielen gefügig zu machen. Sehr unliebsam wurde die starke Unterstützung Bodelschwinghs durch die westfälische Pfarrerschaft vermerkt. Wer sich den Kommissaren entgegenzustellen wagte, sollte beurlaubt werden. Jäger drückte sich unmißverständlich aus; er wollte „draufschlagen“, auch wenn er an anderer Stelle betonte, „in der Personalfrage kein Blutbad anrichten“ zu wollen. Abgesehen von eiligen Angelegenheiten hatte er sich diesbezügliche Entscheidungen selbst vorbehalten. Der Vergleich Jägers mit den politischen Verhältnissen legt die Vermutung nahe, als ob der Staatskommissar dabei an Papen und den preußischen Staatseingriff als Präzedenzfall für sich gedacht.

Das politische Wahlergebnis der Reichstagswahl vom März 1933 sollte der Neubildung im wesentlichen zugrundegelegt werden. Wo die Mehrheit der Nationalsozialisten nicht nach den Richtzahlen dieser Wahl gesichert war, weil sie sie in der Wahl nicht erreicht hatten, sollte das „revolutionäre Recht“ in Aktion treten, wobei man sich zur Durchsetzung seiner Ziele auch der Mithilfe der Gestapo versichern wollte. Bei unüberwindlichen Widerständen wollte Jäger mit Notverordnungen eingreifen.

Die Machtübernahme hatte zunächst durch die von den Kommissaren durchzuführende Neubildung der kirchlichen Körperschaften zu erfolgen. Die noch nicht aufgelösten Parteien sollten davon durchaus nicht ausgeschlossen bleiben, auch wenn die Deutschnationalen bereits als zu bekämp-

setzung des Kommissars beschlossen wurde. Hossenfelder hatte mit Göring schon vorher bei der von H. vollzogenen Trauung des Bruders seines Stellvertreters, Bruno Loerzer, auch über die Einsetzung eines Staatskommissars gesprochen und diese abgelehnt. Später schloß er sich der gegenteiligen Meinung Rusts und Jägers an. Hossenfelder hatte den Auftrag, die einzelnen Kommissare vorzuschlagen.

⁷ Aus der unter 1) angegebenen Literatur geht hervor, daß hohe Reichsstellen, etwa Frick oder Neurath, in der Tat nichts von der Vorbereitung des Staatseingriffs gewußt hatten.

Vgl. dagegen C. Nicolaisen a.a.O. S. 69 Anm. 6, aber auch S. 94 ff. Die rechtliche Stellung Hitlers als Reichsstatthalter von Preußen, als dessen Vertreter Göring fungierte, wird kaum zur Lösung der Frage beitragen können, ob Göring selbständig oder mit anfänglichem Wissen Hitlers gehandelt hat. Immerhin ist es sehr bemerkenswert, daß Göring in seinem Schreiben vom 27. Juni an Rust ausdrücklich seine Rechte als „Ministerpräsident und Stellvertreter des Reichsstatthalters“ delegierte.

fende Gegner galten. Besonders die theologischen Fakultäten – außer Göttingen (Hirsch) – mußten vielfach als Unsicherheitsfaktor in Rechnung gestellt werden. Hinsichtlich der Machtübernahme erwiesen sich die Ansichten der Bevollmächtigten des öfteren radikaler als die während des Gesprächsverlaufs uneinheitliche Haltung Jägers, der bei der Neubildung nicht nur auf die DC zurückgegriffen wissen sollte, sondern auch mit Vertretern aus anderen Gruppen zusammenzuarbeiten gedachte. Jäger ging es demnach nicht um die Einsetzung von Deutschen Christen in hohe kirchliche Ämter, sondern primär um die Durchsetzung staatspolitischer Ziele, wozu die Deutschen Christen Handlangerdienste leisten durften. Auch die Staatsregierung identifizierte sich nach den Worten Jägers nicht mit den Deutschen Christen, selbst als Rust im Rahmen ihrer Veranstaltungen am 29. Juni in Berlin das Wort ergriffen hatte.⁸

Die von der preußischen Staatsregierung angestrebte Neubildung entsprach damit genau der Gleichschaltung auf politischer Ebene. Erst dann sollte die Verfassung verabschiedet werden, der in Preußen somit kein Hindernis mehr im Wege zu stehen schien. Jäger glaubte, eine solcherart zustandegekommene Verfassung, mit deren Fertigstellung Müller Ende Juni 1933 noch ein Vierteljahr rechnete und Jäger einen noch fernereren Termin wünschte, würde auch die Billigung der übrigen Landeskirchen finden. Vollendete Tatsachen sollten überzeugen! Im Gegensatz hierzu wurde die Verfassung unter Druck des mit der Bereinigung dieser Affäre beauftragten Reichsinnenministers Frick in den folgenden drei Wochen unter Beteiligung auch der übrigen Landeskirchen schnellstens fertiggestellt, wobei nunmehr die Abberufung der Kommissare von der möglichst raschen Einigung in der Verfassungsfrage abhängig gemacht worden war. Jägers und Rusts Verfassungsvorstellungen wurden nicht in dem von ihnen gewünschten Ausmaße realisiert; Müller hatte sich wieder einmal auf die Seite der stärkeren Bataillone geschlagen.

⁸ Vgl. O. Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 65 ff.; C. Nicolaisen a.a.O. S. 77 ff.

Zu diesem Zweck hatte sich Jäger auch des mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Vizepräsidenten Hundt bedienen wollen, der sich jedoch loyal gegenüber den vom Kirchensenat in der Nachfolgefrage gefaßten Beschlüssen verhielt. Den zunächst vielfach verfolgten Plan, Hundt kommissarisch oder endgültig zum Präsidenten zu küren und daneben die geistliche Vizepräsidentenstelle kommissarisch verwalten zu lassen, bekämpfte Hundt selbst, weil er mit Bodelschwing als möglichem Reichsbischof nicht zusammenarbeiten wollte, andererseits mochten ihn auch die kirchentreuen Kräfte seiner starken NS-Sympathien wegen nicht auf dem Präsidentensessel sehen. Obwohl Hundt am 24. Juni 1933 bei Jäger und Stuckart gegen den Eingriff des Staates protestierte, wollte Jäger ihm, der sowohl das Vertrauen des Staates wie auch der Deutschen Christen besaß, die Führung der Geschäfte des EOK übertragen. Hundt lehnte wiederum ab, worauf Jäger wütete: „Es wird höchste Zeit, daß wir das Nest da drüben ausnehmen . . .“ Da Hundt zu seinem Worte stand, wurde er auf der Stelle beurlaubt; Jäger drückte darob sein persönliches Bedauern aus und verabschiedete sich mit Handschlag (Archiv der EKD F 2/2: tagebuchartige Notizen Hundts). Die spätere zynische Bemerkung des preußischen Staatskommissars: „Der Jäger hat den Hundt erschossen“, ist ein weiterer Hinweis für die wahren Absichten der Jägergruppe (Mitteilung des Zitats durch Joachim Hossenfelder am 24. 10. 1972).

Konnte die Frage nach Neuwahlen in dieser Besprechung der Bevollmächtigten nicht einheitlich beantwortet werden, so wurden die in diesem Kreis zunächst verpönten Neuwahlen nach Abschluß der Verfassung als staatliche Bedingung durchgeführt. Immerhin war man von der ursprünglichen radikalen Gleichschaltung abgekommen. Das zunächst in die Neubildungspläne einbezogene Saargebiet mußte aus außenpolitischen Gründen in Ruhe gelassen werden. Auch die Bestallung von Professor Goeters-Bonn zum Bevollmächtigten für den Bereich der Evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover verlief nicht wie gewünscht. Er, der als einziger nicht den Deutschen Christen angehörte, schied im Einvernehmen mit dem rechtmäßigen EOK⁹ in dieser Nachmittagsitzung trotz gegenteiligen Drängens von Hossenfelder und Jäger aus dem Kreis der Bevollmächtigten aus.

Der zweite, weit kürzer abgehandelte Tagesordnungspunkt befaßte sich mit der Gleichschaltung der kirchlichen Presse, einer Aufgabe der Kommissare. Vorbild war die am 24. Juni durch SA erfolgte Besetzung des Hauses des Evangelischen Preßverbandes in Berlin und seines Direktors, Professor D. Hinderer. Hinderer und Dr. Liepmann waren sofort beurlaubt und durch DC-Kommissare ersetzt worden.¹⁰ Dementsprechend sollten auch die Büros der übrigen kirchlichen Presseorgane besetzt und die Verbände „umgebildet“ werden. Der Vorschlag, an die Stelle der Sonntags- und Gemeindeblätter die DC-Zeitschrift „Evangelium im Dritten Reich“ einzuführen, wurde auch von Jäger nicht aufgegriffen, ein weiteres Zeichen dafür, daß sich Jäger nicht von den DC abhängig machen wollte. Sie waren ihm lediglich Mittel zum Zweck. Wie mit der Presse, so sollte auch mit den evangelischen Rundfunk- sendungen verfahren werden.

Bei allen Maßnahmen sah Jäger keine rechtlichen Schwierigkeiten, da ihm als Staatskommissar alle Rechte des Staatsministeriums zustanden. Zudem lag auch die Zustimmung Müllers zu diesen Aktionen vor, (der in dieser Besprechung kaum hervortrat) dessen Berufung zum „Bevollmächtigten des Reichskanzlers“ der Auffassung Jägers zufolge alle Schritte zu decken schien. Von ordentlichen Gerichten hielt er nicht mehr viel, sie würden bestimmt nicht gegen den Willen des Ministers (Rust) entscheiden!

Das Schlußwort Hossenfelders bildete buchstabengetreu das am 29. Juni ausgegebene „Wort an die Gemeinden der Evang. Kirche der altpreußischen Union“, das am 2. Juli in allen Gottesdiensten, die vergeblich zu „Dankgottesdiensten“ umfunktioniert werden sollten,¹¹ von den Kanzeln zu verlesen war.¹²

Obwohl einige der Bevollmächtigten schlecht auf diese kurzfristig einbe-

⁹ O. Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 49 f.: Hinweis auf das Vormittagsgespräch zwischen Goeters und Lic. Dick.

¹⁰ J. Ganger: Chronik der Kirchenwirren I, Elberfeld 1933, S. 87.

¹¹ O. Söhngen: Der 2. Juli 1933, der „Sonntag der Kirche“, in: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung – Festausgabe zum 60. Geburtstag von Präsident D. Heinz Brunotte vom 11. 6. 1956.

¹² J. Ganger: Chronik der Kirchenwirren I, S. 91: Wortlaut des „Wortes an die Gemeinden“.

rufene Sitzung vorbereitet waren, mit der Jäger, der sich selbst durch eine ziemlich umfassende Unkenntnis in kirchlichen Dingen auszeichnete – ein Zeichen für die überstürzte Durchführung des Staatseingriffes –, ein Bild der Lage in den einzelnen Kirchengebieten gewinnen wollte, lassen sich aus dem Protokoll doch noch manche interessante Einzelheiten aus den betroffenen Kirchenprovinzen und Landeskirchen sowie der ihnen von den DC zugeordneten Zukunft entnehmen. Die Ausführungen Hossenfelders scheinen der einzig wohlvorbereitete Teil der Kommissarbesprechung vom 26. Juni gewesen zu sein.

„Sitzung am 26. Juni 1933, nachmittags 3 Uhr 30

Dr. Werner:

Die Neubildung der Kirche soll erfolgen, wie sie bereits staatlich angeordnet.¹³ Bei den Neuwahlen sollen folgende Parteien vollkommen ausschalten:

- 1) Kommunisten und Sozialdemokraten,
- 2) Zentrum.

Die übrigen Parteien bleiben, die noch heute in den Parlamenten des Reiches und der Länder sitzen. Sie werden sich überwiegend aus den Kräften zusammensetzen, die wahrscheinlich vorherrschend von den Nationalsozialisten gestellt werden. Die einzelnen Bevollmächtigten ihrer Kirchenkreise müssen Vorschläge einbringen, wonach wir dann arbeiten können. Sowie wir die neue Vertretung geschaffen haben, ergibt sich alles von selbst; es ist dann anzunehmen, daß dann die Verfassung durchgeführt werden kann.

Staatskommissar Jäger

bemerkt, daß die Bevollmächtigten¹⁴ zunächst ausdrücklich zu dem Zwecke bestimmt wären, die Neubildung vorzunehmen, und daß nicht in einem Sinne weitergearbeitet werden könne, der uns entgegen wäre. Falls Änderungen notwendig werden, wird der Bevollmächtigte entsprechende Maßnahmen treffen müssen. Nach der Neubildung wird sich alles natürlich entwickeln. Bis dahin muß in einem Ausschuß die Verfassung vorberaten werden, gegebenenfalls irgendwelche Delegierte zu einem erweiterten Ausschuß zusammentreten. Die Verfassung würde dann vielleicht an die einzelnen Landeskirchen zurückgehen, um ihre Billigung zu finden. Es ist anzunehmen, daß sich dem Vorgehen Preußens auch die anderen Länder anschließen werden.

Der Bevollmächtigte der Kirchenprovinz Ostpreußen, Dr. Sand,

bemerkte, daß er, da er erst um 8 Uhr von der Sitzung erfahren habe, keinen ausführlichen Bericht geben könnte. Bei den politischen Wahlen hätten die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit gehabt. Die Universität sei nationalsozialistisch, jedoch die Theologische Fakultät deutsch-national eingestellt. Hieraus seien Schwierigkeiten zu erwarten. Auch die Pfarrerschaft sei nicht sehr mit ihnen einverstanden. Der größte Teil der Pfarrer ist deutsch-national. Man müßte gegen den Einfluß der Geistlichen und der Theologischen Fakultät ankämpfen. Einzelheiten könnte er jedoch erst dann schildern, wenn er die Sache geprüft hätte. Endergebnis: Die stimmliche Zahl der Nationalsozialisten sei $\frac{2}{3}$ zu $\frac{1}{3}$ zu bewerten. Die Landpfarrer und die Theologische Fakultät würden keine Schwierigkeiten erwarten lassen.

¹³ Veröffentlicht in der Sonntagmorgenzeitung vom 25. 6. 1933 (vgl. J. Gauger: Chronik der Kirchenwirren I, S. 85).

¹⁴ Die Bevollmächtigten waren mit der 2. Anordnung Jägers am 25. 6. 1933 ernannt worden (vgl. O. Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 45 f.).

Staatskommissar Jäger:

Wir kommen nicht umhin, Unterkommissare einzusetzen. Es werden Schwierigkeiten entstehen, wenn die Pfarrer sich nicht einig sind. Es müßten besondere Listen aufgestellt werden.

Der Bevollmächtigte für die Kirchenprovinz Ostpreußen

meinte, daß dies bei ihnen möglich sei, weil die Kreisleiter ihre Mitglieder bis ins kleinste kennen würden.

Staatskommissar Jäger:

Es soll dabei bleiben, daß die Namen ausschließlich aus den Reihen der Deutschen Christen zu wählen sind. Ich denke mir die Sache so, daß Aufforderungen wegen Benennungen ergehen.

Dr. Sand

macht einen Vorschlag, daß man den anderen Verbänden $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ der Stimmzahl einräumt, daß wir ihnen nur eine Liste außer unserer bewilligen; sie müssen sich dann einigen, wenn nicht, werden die Listen nur aus unseren Reihen genommen.

Staatskommissar Jäger:

Für die Gemeinden erachte ich es als nicht so wichtig wie gerade bei den Synoden, Landeskirchentagen usw. Wir müssen stets im Benehmen miteinander bleiben, die Kommissare müssen evtl. eine selbständige Entscheidung treffen, in möglichst kurzer Frist Klarheit zu schaffen. Es führt aber zu weit, in eine Diskussion einzugehen. Der Kommissar ist derjenige, der alle Befugnisse in der Hand hat. Die Kirchenbehörden haben ihm Folge zu leisten. Entgegenstellungen müßten durch Beurlaubungen durchbrochen werden.

Von einem Vertreter aus Saarbrücken

wurde gebeten, diese Bestimmungen nicht etwa auf das Saargebiet auszuwirken. Man würde da auf Widerstand von der Besatzung aus stoßen, und es sei nicht nötig, daß die Angelegenheiten über den Völkerbund gingen.

Oberkonsistorialrat Banke¹⁵

schloß sich dieser Bitte an, und zwar aus psychologischen Gründen. Er als Referent für das Saargebiet halte es für sehr gefährlich, daß die Bestimmungen auch für das Saargebiet Geltung haben sollten.

Staatskommissar Jäger:

Praktischerweise darf sich diese Bestimmung dann nicht auf das Saargebiet auswirken.

Der Bevollmächtigte für die Kirchenprovinz Pommern, Pfarrer Thom:

Wir hatten bei den politischen Wahlen die absolute Mehrheit (87 Stimmen von 114 insges.). Ich schlage vor, Neuwahl nicht vorzunehmen, sondern im entsprechenden Prozentsatz wie bei den politischen Wahlen (60 %) die anderen Mitglieder aus der Fakultät bzw. dem Provinzialkirchenrat oder anderen Organisationen zu ergänzen, so daß wir über die sichere Mehrheit verfügen. Unsere Gegner sind eine Ansammlung von lebendigen reformierten angefaßten Kräften und von alten Kirchengruppen. Ich hoffe, daß auch von diesen Stimmen welche zu uns kommen, so daß wir ohne Neuwahlen eine sichere $\frac{3}{4}$ Mehrheit haben. Für die Provinzialsynode ist somit Klarheit geschaffen; für die Gemeindekirchenräte wird sich dies von selbst ergeben.

¹⁵ Über ihn vgl. O. Söhngen: *Wie es anfang . . .* S. 187.

Die Fakultät ist immer zugänglich für uns gewesen. Drei angesehene Professoren (Beyer, Archäologe, Körrl (?))¹⁶ sind bei uns. Es erscheint mir wichtig, daß wir als Bevollmächtigte Einfluß auf die kirchlichen Organisationen bekommen (Frauenvereine, Pfarrervereine, Evangelischer Verband Junger Mädchen). Besonders im Pfarrerverein muß etwas durch die Kommissare geschehen.

Weiter bitte ich um klarumrissene Vollmachten und um Auskunft, in welcher Weise wir arbeiten sollen und wie unsere Arbeit finanziert werden soll.

Staatskommissar Jäger:

In Pommern liegt es klar. Es muß neu gewählt werden, da alle Körperschaften aufgelöst sind. Es steht ihnen natürlich frei, die alten Mitglieder wieder zu bestimmen und Ergänzungen so zu treffen, wie es in ihrer Absicht liegt. Hinsichtlich der Frage der Vergütung müssen die Kommissare ihre Kosten aus den Kassen der Kirchenprovinz bzw. Landeskirche decken, im übrigen muß ihr Verhalten so sein, als ob sie im Dienste der Landeskirche tätig bleiben. Bezüglich des Pfarrervereins übersehe ich die Verhältnisse nicht klar. Handelt es sich um den deutschen oder den preußischen Pfarrerverein? Wir müssen die Sachen im Auge behalten und sie regeln. Für den preuß. Pfarrerverein kann es unbedenklich geschehen. Es müssen nur die entsprechenden Vorschläge gemacht werden.

Pfarrer Thom

fragt nach dem Umfang der Vollmachten.

Staatskommissar Jäger

erwidert, daß die Kommissare nichts vorzulegen hätten. Denn die Verordnung, die ich heute erlassen habe, wird im Verordnungsblatt veröffentlicht. Das gleiche wird in den anderen evang. Landeskirchen erfolgen. Sollten Schwierigkeiten entstehen, kann eine besondere Vollmacht verlangt werden.

Was den Umfang der Vollmacht betrifft, so erstreckt sie sich auf die Neubildung der Körperschaften. Eine allgemeine Fassung vermag ich nicht zu geben, da ich die besonderen Verhältnisse nicht überblicken kann. Wir müssen die Maßnahmen im einzelnen treffen. Weiter erstreckt sich die Vollmacht auf die Vertretung des Evang. Oberkirchenrates oder der Kirchenregierung einer anderen Landeskirche.

Pfarrer Thom:

Es sind Klagen über verschiedene Superintendenten gekommen. Besteht eine Möglichkeit, solchen Superintendenten, die gegen uns arbeiten, die Superintendentur zu entziehen?

Staatskommissar Jäger:

Solche Maßnahmen liegen im allgemeinen nicht bei den Kommissaren der Kirchenprovinzen, sondern beim Oberkirchenrat oder bei der Kirchenregierung der betr. Landeskirche oder, wenn diese nicht eingreift, bei mir. Wir wollen in der Personenfrage kein Blutbad anrichten, wie auch aus der spärlichen Beurlaubung hervorgeht. Es soll nicht wie eine Verfolgung aussehen. Die Personenfrage wird sich von selbst regeln, wenn die Neuordnung der Verhältnisse kommt, z. B. aufgrund der Neu-

¹⁶ Beyer Hermann-Wolfgang D. Dr. phil., Kirchengeschichte und christliche Archäologie (DC bis Ende 1933). Bei dem Archäologen kann es sich an der Universität Greifswald nur um den späteren Oberkonsistorialrat D. Heinrich Laag, Kirchengeschichte und christliche Archäologie handeln (seinen DC-Werdegang siehe Kurt Meier: Die Deutschen Christen. Halle 1964). Ein Dozent namens Körrl konnte nicht eruiert werden, vielleicht ist Wilhelm Koepf, der Herausgeber der Zeitschrift „Deutscher Christenglaube“, gemeint.

bildung der Körperschaften, wenn wir in den Arbeiten voranschreiten und wenn Herr Wehrkreispfarrer Müller, wie wir gedacht haben, in einem Vierteljahr die neue Verfassung vorlegt.

Zurufe aus der Versammlung, daß die Verfassung später kommen muß, was durch den Staatskommissar Jäger sehr begrüßt wurde.

Dr. Sand

fragt, ob die Deutschen Christen eine Abteilung des Konsistoriums werden sollen.

Staatskommissar Jäger:

Die Staatsregierung identifiziert sich nicht mit den Deutschen Christen, obwohl Kultusminister Rust am nächsten Donnerstag einen Vortrag im Rahmen ihrer Veranstaltungen halten wird. Praktisch liegt die Sache so, daß die Staatsregierung eine Entwirrung der Verhältnisse und eine Neuordnung der Kirche zu ihrem Wohle erstrebt, daß innerhalb der Kirche sich eine große Mehrheit gebildet hat, durch die Deutschen Christen dargestellt.

Man kann auf diese Rücksicht nehmen. Ich würde es aber für falsch halten, wenn man auf sie bei der Neubildung ausschließlich zurückgreifen und nicht auch mit Leuten aus anderen Gruppen arbeiten würde.

Konsistorialrat Dr. Fürle

bittet, um die Entschädigung für die einzelnen Kommissare zu berechnen, daß Zettel ausgefüllt werden mit möglichst deutlicher Schrift und zwar:

1. Name des Betreffenden.
2. Woher und wann die Reise angetreten worden ist.
3. Wann normalerweise die Rückreise angetreten sein kann.
4. Kosten der Fahrt und Verkehrsmittel.

Dies gilt nicht nur für die altpreußischen, sondern auch für die neupreußischen Herren.

Staatskommissar Jäger:

Herr Wehrkreispfarrer Müller regt an, daß die Neuwahlen der Gemeindekörperschaften zurückgestellt werden mögen, weil sonst zu viele Schwierigkeiten entstehen. Ich überschaue im Augenblick die Lage nicht klar, aber man könnte die Sache zeitlich so regeln, daß erst die Provinzialkörperschaften gewählt werden, dann die anderen. Grundsätzlich muß aber darauf bestanden werden, daß sich alle Körperschaften erneuern. Es würde sich auch fragen, ob nicht der Bestand der Provinzialsynode von dem Bestand der Gemeindevertreter abhängig ist. Wenn das der Fall ist, kann von der Neubildung der Gemeindevertretung nicht abgesehen werden.

Der Bevollmächtigte für die Kirchenprovinz Grenzmark Posen-Westpreußen,

Superintendent Will:

Bei uns liegen die Dinge ganz ebenso wie in Ostpreußen und Pommern. Ich darf auf unsere Provinzialsynodalwahl eingehen. Die Deutschen Christen standen noch am Ende vorigen Jahres in den Anfängen, trotzdem haben wir es erreicht, daß von den 24 die zu wählen waren, 14 die Deutschen Christen und 10 die anderen hatten. Jetzt aber würde es sich bei der Provinzialsynode folgendermaßen stellen: Der Provinzialkirchenrat mit 6 Mitgliedern, die der alten Schule angehören, dazu 4 Fachvertreter, 2 vielleicht aus der Lehrerschaft, dann der Professor der Theologie und der vom Kirchensenat entsandte Vertreter, so daß wir doch niemals die Majorität haben würden. Die politischen Wahlen ergaben, daß wir eine überwiegende Mehrheit hatten. Wenn eine Neuwahl stattfinden würde und die Sozialdemokraten nicht berücksichtigt werden, würden sich die Sitze $\frac{2}{3}$ zu $\frac{1}{3}$ verteilen. Bei uns besteht eine deutschnationale Minderheit, aber eine starke, die uns auch politisch viele Schwie-

rigkeiten macht. Wir hoffen, daß das in allernächster Zeit behoben wird und daß wir auch bei der Provinzialsynode die Majorität erreichen. Wie wird es aber mit dem alten Provinzialkirchenrat? Er ist aufgelöst, wird aber bei der Neubildung wieder in Erscheinung treten. Bei uns haben die alten Vertreter Sitz und Stimme in der neugewählten Provinzialsynode. Schwierigkeiten könnten dann evtl. noch bei uns akut werden.

Staatskommissar Jäger:

fragt hierzu, als was der Provinzialkirchenrat aufzufassen ist.

Superintendent Will:

Als ein ständiger Ausschuß.

Staatskommissar Jäger:

Dann ist die Sache klar, die Befugnisse dieser Ausschüsse sind durch meine Verordnung auf die betreffenden Bevollmächtigten zu übertragen. Wir wollen nicht vergessen, es gilt vor allem zu handeln. Wir haben das Recht der Verfassung und das revolutionäre Recht. Stehen Bedenken entgegen, so darf man diese nicht zu weit treiben, man muß handeln.

Der Bevollmächtigte der Kirchenprovinz Schlesien, Rechtsanwalt Dr. Schmidt:

Sie sind in absonderlicher Lage durch die beiden Provinzen Ober- und Niederschlesien. Beide sind verschieden. In Oberschlesien sind zu 90 % Katholiken. Infolge des Drucks der Katholiken ist das Interesse für die Wahlen sehr gering, obwohl ein reges kirchliches Leben herrscht. Bei den letzten Kirchenwahlen entfielen in Oberschlesien $\frac{1}{3}$ auf die Deutschen Christen und $\frac{2}{3}$ auf die anderen kirchlichen Gruppen dank des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Deutschnationalen. Die politischen Wahlen ergaben einen Sieg der Nationalsozialisten, eine starke Zunahme des Zentrums, die Deutschnationalen waren gering. Die Sozialdemokraten und Kommunisten spielten bei der Wahl nur eine geringe Rolle.

Niederschlesien kann ich nicht beurteilen, da von der Neuschaltung, die morgen im Landtag vorgenommen werden soll, viel abhängen wird. Nach meiner Überzeugung halten sich in Niederschlesien die Verhältnisse 50 zu 50 % die Waage. Allerdings wird starker Widerstand von den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten zu erwarten sein. Die Fakultät in Breslau ist lediglich durch Professor Bornhausen¹⁷ auf Seiten der Deutschen Christen. Die anderen Professoren sind deutschnational. Die nächste Entwicklung wird uns die Arbeit auf diesem Gebiet erleichtern, alles wird von der evangelischen Gruppe abhängen. Ich habe noch eine Frage: muß ich meinen Sitz nach Breslau verlegen, da mein Wohnsitz in Ratibor ist?

Staatskommissar Jäger:

Am zweckmäßigsten wird es wohl sein, wenn die Bevollmächtigten ihren Sitz in die Zentralbehörde verlegen, da sie da alle Unterlagen zur Hand haben. Sie können einen Vertreter in Ratibor stellen, müssen sich aber selber im Konsistorium in Breslau aufhalten.

Rechtsanwalt Dr. Schmidt:

Ich glaube, daß man um die Schaffung von neuen Rechten für die Kirchenprovinz Schlesien nicht herumkommen wird.

Staatskommissar Jäger:

Man kann sich bei der Größe unseres Aufbauplans natürlich nicht über die Ausführung aller Einzelheiten klar sein, die sich in der Praxis ergeben. Ich vertraue

¹⁷ Bornhausen Karl D., Systematische Theologie und Religionsphilosophie.

da auf die Selbständigkeit der Bevollmächtigten. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Im übrigen ähneln die Verhältnisse geradezu lächerlich den politischen Verhältnissen. Wenn man z. B. die Proteste bedenkt, die aus Eisenach ergingen, so wird man an das Vorgehen von Severing erinnert, der nach seiner Absetzung eine Klage bei dem Staatsgerichtshof eingereicht hat.¹⁸ Wir müssen jede Schwierigkeit, die sich uns in den Weg stellt, überwinden und werden dies können, wenn wir das Ziel stets vor Augen haben und das Wollen mitbringen.

Bundespfarrer Peter:

Ich möchte eine Zwischenfrage stellen: wie begegnen wir dem Vorwurf, daß sich in dem Nationalsozialismus ein fremdes Element befindet?

Staatskommissar Jäger:

Sie lassen sich überhaupt nicht auf Diskussionen ein, sondern handeln. Sie sind niemand Rechenschaft schuldig als mir und ich niemand als Rust und dieser nur Göring.

Der Bevollmächtigte für die Kirchenprovinz Brandenburg, Pfarrer Eckert:

Brandenburg hat ein eigenes Aussehen durch die Hauptstadt Berlin. Es ist ein Gebilde, das größer ist als eine normale Landeskirche, die durch die Stadtsynode dargestellt wird. Ich habe mich bei der Kürze der Zeit zu orientieren versucht und bin zu der Überzeugung gekommen, daß für den Bereich der Stadtsynode ein Unterkommissar zu ernennen ist, der gleichzeitig Vorsitzender im geschäftsführenden Ausschuß der Stadtsynode ist. Wie ich heute erfahren habe, findet eine Sitzung unter dem Vorsitz von Herrn Gen.Sup.Int. D. Karow um 6 Uhr statt. Nach meiner Überzeugung wird sie nicht tagen.

Staatskommissar Jäger:

Nein, die Stadtsynode ist aufgelöst.

Pfarrer Eckert:

Brandenburg außer Berlin hat in den letzten Jahren bekundet, daß es mit überwiegender Mehrheit zu $\frac{2}{3}$ auf Seiten Adolf Hitlers steht. In Berlin selber sieht es anders aus. Hier sind destruktive Kräfte der religiösen Sozialisten und andere Einflüsse stark. Mindestens 2 oder 3 religiös-sozialistische Pfarrer müßten entfernt werden, damit sie ihr Gift nicht weiter gegen uns verspritzen. Den Geistlichen, die auch in der Kirchenprovinz Brandenburg zu überwiegender Mehrheit gegen uns standen, muß es unter allen Umständen zur Pflicht gemacht werden, daß sie sich hüten, von der Kanzel unter falscher Anwendung der Freiheit des Wortes, Widerstand gegen die von uns getroffenen Maßnahmen zu leisten. Wir wollen den Pfarrern, die von uns keine Chance erwartet haben, auch keine bieten. Man kann ihnen nach dem Gefühl der Gerechtigkeit einige Plätze zubilligen und sie bitten, die Vertreter hierfür zu benennen. Der Wille des Kirchenvolkes ist aber klar. Er verfügt über eine Mehrheit und ich werde dieser Mehrheit Recht verschaffen.

Ich bitte, den Unterkommissar zu benennen.

¹⁸ Am 24. Juni hatte der EOK ein Protesttelegramm an Hindenburg gesandt. Die Klage beim Staatsgerichtshof wurde erst am 27. Juni eingereicht und nach Demission der Kommissare ebenfalls zurückgezogen. Gleichzeitig waren Proteste beim preußischen Kultusminister Rust, bei Göring und Frick angemeldet worden (Archiv der EKD F 2/2).

Rust äußerte sich in seiner Rede am 29. Juni 1933 sehr ähnlich über Severing wie Jäger in seiner Rundfunkansprache am 27. Juni.

Staatskommissar Jäger:

Am Donnerstag ist eine große Versammlung der Deutschen Christen.¹⁹ Aus ihrem Ergebnis wird [man] einige Schlüsse ziehen können. Ich kann nur nochmals versichern, daß mir Rust vor 2 Stunden gesagt hat, daß es für ihn, nachdem er diesen Weg beschritten hat, kein Zurück mehr gibt. Wenn Zweifel kommen, muß man die Gegenprobe machen. Wenn wir die Maßnahmen nicht ergriffen hätten, würden wir eine Zukunft sehen, die absolut dunkel ist. Jetzt stehen uns viele Hindernisse entgegen, aber wir sehen das Ziel klar, und wir werden die Schwierigkeiten überwinden.

Der Bevollmächtigte für die Kirchenprovinz Sachsen, Rechtsanwalt Dr. Noack:

Ich bin der Rechtsberater der Deutschen Christen und der Landesleiter der deutschen Juristen. Ich habe eine Zelle für Kirchenrecht gebildet. Es war mir klar, daß die Entwicklung in der Kirche ebenso werden würde wie im Staat: also Durchführung einer legalen Revolution. Wir haben in dieser Zelle überlegt, wie man zu einer Mehrheit der Deutschen Christen kommen könnte. Welches Ergebnis wäre zustande gekommen, wenn man dem Prozentsatz für die Kirchenwahlen den Prozentsatz der letzten Landtagswahl zugrundelegte. Es würde sich in diesem Falle eine absolute Mehrheit der Deutschen Christen ergeben, weil gewisse Parteien in Wegfall kämen. Die Zahlen im einzelnen auszuarbeiten, war uns nicht möglich, da uns das statistische Material fehlte. Ich bitte, es mir zugänglich zu machen, ich werde dann in 24 Stunden eine Verordnung vorlegen, und es können dann Beschlüsse gefaßt werden. Die Kirchenwahlen sind nicht gut für die Deutschen Christen ausgegangen, da die Wahlbeteiligung der Bevölkerung zu gering war. Außerdem liegt die Propagandatätigkeit im argen, und die rednerische Tätigkeit ist ganz gering. Ich beabsichtige, die Propaganda neu zu gestalten. Der größte Teil der Pfarrer ist uns ungünstig gesonnen. Ich würde nicht raten, die Pfarrer abzusetzen, sondern, wie es bei den Gerichten gemacht wird, die aufgeregte Bevölkerung Stellung nehmen lassen. Ergibt sich dann ein Notstand, so ist Grund für Eingreifen seitens der Polizei vorhanden. In Sachsen werden diese Pfarrer, die sich unbeliebt gemacht haben, schon in den nächsten Tagen verschwinden.²⁰

Die Universität Halle ist das Reaktionärste, was man sich vorstellen kann. Studentenversammlungen haben gegen die Deutschen Christen stattgefunden. Ich bitte, meinen Wohnsitz in Halle behalten zu dürfen, da ich leicht mit meinem Wagen nach Magdeburg kommen kann.

Staatskommissar Jäger:

Ich begrüße Ihre Vorarbeiten, die Sie schon geleistet haben. Es wäre wünschenswert, wenn Sie länger blieben als die anderen Herren, damit Sie die Vorarbeiten bekanntgeben können, damit Material und Anregungen an die übrigen Kommissare weitergegeben werden können. Ich bitte Sie, sich mit Herrn Dr. Werner in Verbindung zu setzen.

Der Bevollmächtigte für die Kirchenprovinz Westfalen, Pfarrer Adler:

In dem konfessionell gemischten Westfalen, wo sich die Konfessionen die Waage halten, ist ein Anlegen des Maßstabes des politischen Wahlergebnisses unmöglich. Wenn wir das Zentrum ausschalten, dann bleiben etwa $\frac{1}{2}$ katholischer Wähler unter den Nationalsozialisten.

In Westfalen bestehen andere Schwierigkeiten. Es ist das Heimatland Bodel-

¹⁹ Vgl. O. Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 65 ff.; C. Nicolaisen a.a.O. S. 77 ff.

²⁰ Vgl. J. Gauger: Chronik der Kirchenwirren I, S. 89.

schwings. In meiner Kirchenprovinz haben sich dreimal soviel Parteigenossen Pfarrer hinter Bodelschwingh gestellt als solche, die für die Deutschen Christen arbeiten. Daher herrscht ein erheblicher Mangel an Kräften. Wir können solche Pfarrer, die uns Schwierigkeiten gemacht haben, nicht in Gnaden aufnehmen. Bei uns ist die gesamte Pfarrerschaft geschlossen gegen uns und noch geschlossener gegen unser jetziges Vorgehen. Das merkte ich gestern in Soest auf dem Kirchentag. Die Pfarrerschaft schnappte derart ein, weil meine Amtsbrüder meinen, daß unsere Kirche ein Teil vom Himmelreich, nicht nur ein Stück vom Himmelreich [sei]. Es ist mir nicht klar, nach welchem Verhältnis die Listen für die Körperschaften aufgestellt werden sollen. Ich habe Leute genug, möchte aber davor warnen, daß man den anderen Körperschaften die Möglichkeit gibt, sich zu betätigen. Es ist da die Gefahr der Tarnung zu groß. Sehr viele Pg-Pfarrer, die im kirchenpolitischen Kampf gegen uns standen, verbergen hinter der Sympathie für Bodelschwingh etwas viel Reaktionäreres. Es ist so, wie sich ein Mitglied der Reichsleitung äußerte, daß es Pfarrer gibt, die Pg. geworden sind, um dadurch gegen uns zu arbeiten. Ich habe noch einige praktische Fragen: Wo nehmen wir die Zeit für die Arbeit her und die Hilfskräfte? Wo schlagen wir unseren Wohnsitz auf?

Wir haben in Westfalen das Siebssystem mit dem Rheinland zusammen durchgeführt und nehmen eine Sonderstellung ein. Die Kreissynoden sind noch nicht alle zusammengetreten, so daß Ergebnisse nicht vorliegen. Ich schätze aber, daß wir in der Provinzialsynode 20 % Deutsche Christen haben werden, obwohl wir eine Reihe von Industriegemeinden haben, bei denen wir bei der Gemeindevertreterwahl die Mehrheit hatten. Mit dem Presbyterium zusammen würden wir aber diese Mehrheit nicht mehr haben, weil gewählt wird aus dem alten Presbyterium und den neuen Gemeindeverordneten zusammen. Eine Sorge hätte ich noch. Der Direktor unseres Preßverbandes muß sofort beseitigt werden.

Staatskommissar Jäger:

Bei Ihnen gilt das: wenn Krieg geführt wird[, wird] man den Krieg nicht milde führen könn[en], sondern draufschlagen muß [müssen]. Wenn man sich an die Zahlen nicht halten kann, muß eben das revolutionäre Recht mehr in den Vordergrund treten.

Ihre Fragen sind einfacher Natur. Sie sind beurlaubt, Sie beurlauben sich selbst für die Zeit. Sie besitzen alle Befugnisse, das durchzuführen, was nötig ist. Über Kosten und Sitz haben wir schon gesprochen. Ich überlasse das Weitere den Einzelnen.

Der Bevollmächtigte der Kirchenprovinz Rheinprovinz, Landrat Dr. Krummacher:

Für die Vorbereitung und Zwischenzeit der Wahl kommt folgendes in Betracht: Nach bisherigem Recht verwaltet die Gemeinde nicht der Pfarrer allein, sondern das Presbyterium. Der Präses Presbyterii verliert sein Recht, wenn das Presbyterium aufgelöst wird. Wir müssen durch unsere Unterkommissare einen Pfarrer als Fachmann und zwei Deutsche Christen (damit der Pfarrer nicht gegen uns ist) als Kuratorium einsetzen, die über alles zu entscheiden haben.²¹ Nach Möglichkeit muß der Pfarrer aus unseren Reihen sein, sonst müssen wir das Dreimännerkollegium möglichst günstig für uns aussuchen. Wenn wir die Gemeindevertretung nach den Listen aufstellen, wird das neue Presbyterium gewählt aus den neugewählten Gemeindevertretungen und dem bisherigen Presbyterium, aus dem bisherigen Presbyterium besteht die Synode, und aus dieser ergibt sich die Provinzialsynode. Ich möchte vor-

²¹ Der Kommissar für Hessen-Kassel und Waldeck-Pyrmont gab diesen Plan für die Neubildung an die Vossische Zeitung, wo er am 29. Juni abgedruckt wurde (vgl. O. Söhngen: Die Reaktion der „amtlichen“ Kirche . . . S. 63).

schlagen, daß wir für Rheinland und Westfalen keine Provinzialsynoden zusammen-treten lassen, sondern eine Landessynode von Rheinland und Westfalen, da wir später zusammen ein Bistum bilden wollen. Hierin liegt eine große Werbekraft. Ich nehme an, daß die Landessynode die verfassunggebende Kirchenversammlung wird und die Verfassung zustande bringt.

Wir haben eine katholische Mehrheit und eine protestantische Minderheit. Wenn wir nach dem politischen Prozentsatz gehen, würden wir schlecht abschneiden, denn der evangelische Teil stellt einen höheren Prozentsatz bei den Nationalsozialisten als der katholische Teil. Ich lege Ihnen einen Entwurf vor, ich werde mit Herrn Adler zusammengehen, damit wir einheitlich arbeiten. Das Problem der politischen Wahl als Grundlage müssen wir aber irgendwie lösen. Die Pfarrer stehen bei uns zu 75 % gegen uns, wenn es auch andererseits Synoden gibt, die zu 100 % bei den Deutschen Christen sind. Bei direkten Wahlen würden wir eine Mehrheit erzielen können. Es muß nur verhindert werden, daß die Pfarrer agitieren. Der gefährlichste ist Gen.Sup.Int. Stoltenhoff, der von Bremen bis Konstanz im Lande umherreist, wie er mir persönlich gesagt hat, um im Falle des Eingreifens des Preußischen Staates eine große Westkirche abzutrennen. Er wird wohl nicht mit uns zusammenarbeiten, er will erhobenen Hauptes das Konsistorium verlassen. Ich bitte unter Umständen um Beurlaubung des Generalsuperintendenten. Ich kann einen anderen an seine Stelle setzen.

Ich schlage folgendes vor: Solange wir in Vorbereitungen für die Wahlen sind, ist von oben her jegliche kirchenpolitische Agitation zu untersagen. Die Wortverkündigung ist frei. Wer aber die Redefreiheit zu agitatorischen Zwecken mißbraucht, wird in Urlaub gehen müssen. Wir als Staatskommissare müssen zur Aufklärung der Bevölkerung im Rundfunk und in Vorträgen über die Wahlen sprechen. Später, wenn wir gesichert sind, wird vielleicht eine Kundgebung zugelassen werden können.

Ich würde dem Kirchenvolk sagen, es ist ein Übergangszustand, der ist für beide Teile peinlich. Um diesen Zustand abzukürzen, liegt es im Interesse der Kirche, daß die Agitation 4 Wochen stillgelegt wird. Alle Konferenzen, die jetzt wie Pilze aus der Erde schießen werden, müssen abgesagt werden. Wir können da nicht ganz ohne die Mithilfe der Geheimen Staatspolizei auskommen, denn wir haben ganz radikale Christen, die gegen uns stehen. Der Evangelische Preßverband hat in seinen beiden letzten Nummern den Reichskanzler angegriffen; inzwischen wird wohl Lic. Seiler seines Amtes enthoben sein. Ich habe die Geheime Staatspolizei gebeten, ihn in Hausarrest zu setzen. Ich mußte so vorgehen, da sonst heute ein Blättchen gedruckt wäre, das überall in der Kirchenprovinz seine Verbreitung gefunden hätte. Ich hoffe, daß wir auch bei solchen Handlungen gedeckt werden.

Wir müssen außerdem dem Kirchenvolk zeigen, was geleistet worden ist; wir müssen die Deutschen Christen positiv einsetzen. Ihre volksmisionarische Tat müssen wir hervorheben. Wir müssen sie in den Pädagogischen Akademien einsetzen, wie es schon von Pfarrer Weber und Professor Dorthorst (?)²² vorbereitet worden ist. Ich warne noch vor 2 Widerständen: Bonner Fakultät und Wuppertal. Hinsichtlich des Ersteren vertraue ich auf Rust, mit Wuppertal werden wir schon fertig werden.

Staatskommissar Jäger:

Ich bin nicht der Auffassung, daß irgendwelche Wahlhandlungen stattfinden, da es sich nicht um eine Wahl handelt, sondern um Zuteilung der Stimmen durch den Kommissar. Eine öffentliche Diskussion ist fehl am Platze. Ich bitte, die Vorgänge, die Sie um Stoltenhoff geschildert haben, mir schriftlich einzureichen.

²² Otto Weber, Pastor in Elberfeld; Dorthorst (Forsthof?) konnte nicht verifiziert werden.

Pfarrer Hahn-Hannover:

Die Deutschen Christen sind im Bereich der Landeskirche Hannover erst seit einigen Monaten im Entstehen. Vor 3 Jahren fanden die letzten Kirchenwahlen statt. Damals war die Glaubensbewegung nicht vorhanden. Im Landeskirchentag und anderen Körperschaften sind die Deutschen Christen nicht vertreten. Es ist schwer, die Vergleichszahl der politischen Parteien anzuführen, weil in unsere Kirchenprovinz die Landesteile Oldenburg und Braunschweig hineingreifen. Beim Ausscheiden der Sozialdemokraten würden zum mindesten $\frac{2}{3}$ für uns und $\frac{1}{3}$ für die anderen herauskommen. Mit einer Mehrheit würden wir ohne weiteres rechnen können.

Bei der Universität Göttingen wird die Theologische Fakultät von Prof. Hirsch beherrscht. Von daher werden Schwierigkeiten nicht zu erwarten sein. Ich hege aber die Befürchtung, daß der Widerstand gegen die Maßnahmen der Staatsregierung gegebenenfalls von Hannover selbst ausgehen, und zwar von der Persönlichkeit des Landesbischofs selbst, der einen großen Einfluß hat bei dem Kirchenvolk wie auch bei den Amtsbrüdern. Ich glaube nicht, daß er gutwillig mit mir denselben Weg gehen wird, auch nicht Präsident Schramm.²³ Ich konnte gestern nicht mehr sondieren, da mich die Nachricht unterwegs erreichte. Ich bitte daher, für den Bereich der hannoverschen Landeskirche die besondere Vollmacht zu bekommen, daß zum mindesten der Präsident ausgeschaltet wird, wenn er die geringsten Schwierigkeiten macht. Eine Ausscheidung des Landesbischofs würde in unserer Landeskirche eine innere Spaltung und Unruhe hervorrufen, zumal er auch im Bereich der Lüneburger Heide und im Hermannsburger Gebiet bedeutenden Einfluß besitzt. Ferner erschwert die Durchführung der staatlichen Maßnahmen die Antipathie der Hannoveraner gegen Preußen. Ich weiß nicht, wieweit von der Kirchenregierung ein Entgegenkommen gezeigt wird, befürchte aber nur Widerstand. Ich bitte darum, mir den Weg anzugeben, in welcher Weise dieser Widerstand am zweckmäßigsten gebrochen wird.

Staatskommissar Jäger:

Hinsichtlich der Person des Präsidenten müssen Sie Feststellungen machen und nachher berichten. Von hier aus werden die entsprechenden Maßnahmen erfolgen. Telefonisch läßt sich die Sache gegebenenfalls sehr schnell erledigen. Im übrigen sind Sie sich über die Widerstände nicht ganz klar, Sie befürchten sie nur. Sie müssen selbst handeln oder sich mit uns in Verbindung setzen.

Professor Dr. Goeters-Bonn:

Ich habe heute morgen Gelegenheit genommen auszuführen, welche Schwierigkeiten sich für mich ergeben. Diese Schwierigkeiten haben sich, nachdem ich nähere Kenntnis von den Aufgaben genommen habe, verstärkt. Ich muß feststellen, daß ich in dem Gebiet bisher ohne jede Kenntnis der Verhältnisse bin. Ich bin im Bereich der hannoversch-reformierten Landeskirche vielleicht zweimal in meinem Leben gewesen und bin absolut nicht in der Lage, irgendwelche Mitteilungen über die Situation dort zu machen. Ich habe in dem Auftrag dankbar die Gelegenheit begrüßt, zu der Arbeit, die uns im Tiefsten bewegt, meinen Beitrag leisten zu können. Aber ich befürchte, daß es mir als völlig landfremdem Mann unmöglich ist, irgendwie Erspreßliches zum Einigungswerk der deutschen Reichskirche zu tun, zumal es sich um eine Aufgabe handelt, die sich durch einen konfessionellen Umstand differenziert. Ich muß erwähnen, daß die Presbyterien und die sich aus ihnen ergebenden Instanzen der Selbstverwaltung genau denselben Sinn haben wie die Pfarrämter, so daß ein Ältester oder Diakon ebensowenig absetzbar ist wie ein Pfarrer. Außerdem hat

²³ Vgl. Eberhard Klügel: Die Lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933–1945. Berlin 1964, S. 54 ff.

niemals ein eigentliches Wahlrecht für diese Körperschaften bestanden. Was von Rheinland und Westfalen gesagt ist, gilt auch hier: der Diakon und der Pfarrer stehen nicht als vom Kirchenvolk Gewählte, sondern von dem Herrn der Kirche selbst mit dem Amte Betraute an ihren Plätzen. Ich halte es für außerordentlich schwierig, auf dem Wege, der uns gezeigt ist, überhaupt entscheidende Eingriffe vorzunehmen. Es würde unter Umständen zu großen Schwierigkeiten führen, wenn nicht ein vom Kirchenvolk Betrauter, sondern der Staat eingreift. Die Verhältnisse dort scheinen mir ganz besonders rücksichtnahmebedürftig. Ich möchte bitten, statt meiner einen mit dem Kirchengebiet und dem Kirchenrecht Kundigen zu betrauen.

Pfarrer Hossensfelder:

Es handelt sich um eine reformierte Landeskirche, und Sie sind mit dem reformierten Kirchenrecht vertraut. Deshalb haben wir Sie berufen, dort zu arbeiten. Wollen Sie nicht zunächst einmal versuchen, daß Sie dort Fühlung nehmen?

Staatskommissar Jäger:

Man könnte vielleicht einen Nebenkommis­sar einsetzen, der mit den Landesverhältnissen vertraut ist.

Pfarrer Hahn:

Ich habe Fühlung mit den Reformierten genommen und die Erfahrung gemacht, daß sie uns im großen und ganzen freundlich gegenüberstehen. Auch 2 Pfarrer gehören der Glaubensbewegung an.

Staatskommissar Jäger:

Es herrschen dort besondere Verhältnisse. Ich bitte Professor Goeters, vorläufig das Amt zu behalten, sich mit Pfarrer Hahn in Verbindung zu setzen und sich die Mitarbeiter zu wählen, die ihm helfen können.

Professor Goeters:

Ich versichere, daß meine Bereitschaft, meine Kräfte zur Verfügung zu stellen, groß ist, aber ich sehe deutlich, daß der Kreis meiner Fähigkeiten sich an diesen Geschäften begrenzt. Das was zu den Aufgaben eines Kommissars gehört, entspricht nicht meiner Anlage und meiner Haltung.

Dr. Werner (der vorübergehend den Vorsitz führte):

Sie wollen damit sagen, daß diese Tätigkeit nicht Ihrer inneren Überzeugung entspricht. Ich bitte also den nächsten Herrn Bevollmächtigten.

Der Bevollmächtigte der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein, Konsistorialrat Dr. Kinder-Kiel:

In Schleswig-Holstein ist es besonders günstig, weil Holstein auf dem Wege in die deutsche Zukunft vorangeschritten ist. Wir hatten 80 % nationalsozialistische Stimmen bei den letzten politischen Wahlen. Auch die Konfessionsschwierigkeiten fallen bei uns, da wir zu 95 % evangelische Bevölkerung haben, fort. Die Pastoren stehen ähnlich, wie sie Pfarrer Adler geschildert hat. Bei einer kürzlichen Unterschriften­sammlung eines Telegramms ergab sich, [daß] nur 70 von 450 Pastoren für Bodelschwingh waren. Die Landessynode ist bereits vor 7 Wochen aufgelöst. Die letzten Kirchenwahlen haben vor 3 Jahren stattgefunden. Für die kirchlichen Wahlen haben wir kein Bild, auf das wir fußen können. Bei der günstigen Konstellation möchte ich annehmen, daß wir für die Deutschen Christen weite Möglichkeiten haben, und ich möchte den Weg so gehen, wie ihn Landrat Dr. Krummacher gekennzeichnet hat, daß man den Pastoren in den Kirchengemeinden 2 Persönlichkeiten beigibt, die die Geschäfte des Kirchenvorstandes führen und die nach dem politischen Prozentsatz zusammengestellt werden. Die Frage der Propstei-Synode löst sich in gleicher Weise.

Eine Frage ist, ob die Landessynode überhaupt wieder zusammengestellt werden soll. Wenn die Frage akut würde, würde ich zunächst dem Herrn Kommissar einen Entwurf einreichen. Was das Verhältnis zur Kirchenregierung und zum Landeskirchenamt betrifft, so darf ich sagen, daß ich selbst seit 8 Jahren Mitglied des Landeskirchenamtes bin, und daß meine Behörde der Erneuerung der Kirche weitgehend aufgeschlossen ist. Was das Protesttelegramm, das vorgestern von Eisenach einging, betrifft, so waren die Vertreter von Schleswig-Holstein an ihm nicht beteiligt. Insoweit werden wir im Landeskirchenamt keine Schwierigkeiten haben. Die Universität steht voll zu uns, die Theologische Fakultät ist verheerend zusammengesetzt, liberal, alter Schlag, der sich in ständiger Inzucht ergängt hat.

Hinsichtlich der verschiedenen Organisationen sind Christiansen bzw. ich in den meisten vertreten. Ich im Rundfunk, in der Norag [Norddeutsche Rundfunk A.G.], ich habe den Vorsitz des Gustav Adolf-Vereins und auch enge Beziehungen zum Pastorenverein. Wesentlich wäre, für alle Bezirke im Auge zu behalten: Vertretung im Rundfunk, Einfluß auf die Schriftleitung der Sonntags- und Gemeindeblätter. Das liegt doch im argen; wir werden uns aber bereinigen. Ebenso ist nötig die Besetzung des Preßverbandes, der von Christiansen geleitet wird. Wesentlich ist es, daß nicht durch die öffentliche Arbeit alle unsere Bemühungen sabotiert werden.

Staatskommissar Jäger:

Die Frage der Presse haben wir schon besprochen. Ich bitte die Herren Kommissare, immer mit hier in Verbindung zu bleiben, wo Schwierigkeiten, die Sie nicht überwinden können oder überwunden haben, zu berichten, damit alles sich einheitlich abspielt.

Dr. Kinder:

Unsere Kirchenregierung besteht aus 4 geborenen und aus 4 synodalen Mitgliedern, die beschlußunfähig sind.

Staatskommissar Jäger:

Alle kirchlichen gewählten Vertretungen sind aufgelöst. Alles was nicht nur aus gewählten kirchlichen Vertretern besteht, bleibt bestehen. Ich bitte nochmals zu beachten, daß der Kommissar in Personenfragen grundsätzlich nicht eingreift, sondern sich auf die Vollmachten der Körperschaften beschränkt. Er muß bei Schwierigkeiten hierher berichten und kann bei Personenfragen nur bei sehr eiligen Angelegenheiten selbstständig handeln. Ich erinnere hierbei an das Wort Görings: lieber falsch handeln als gar nicht handeln.

Stadtrat Dr. Paulmann:

In Hessen-Kassel, Waldeck und Pyrmont sind die Wahlergebnisse günstig, ungefähr 80 % für uns, zweitbesten Kreis. Wir können diese Zahlen ruhig auf die Kirche anwenden. Wenn wir Zentrum und Sozialdemokraten ausschalten, stehen wir noch besser da. Die Deutschen Christen haben in der letzten Zeit große Erfolge gehabt. Erst in der allerletzten Zeit sind diese durch die Affaire Bodelschwingh etwas zweifelhaft geworden. Auch von Marburg aus ist sehr agitiert worden, Ritter u. a. Ich bin aber überzeugt, daß sie sich jetzt, wo sie ihren Rückhalt verloren haben, auf uns einstellen. Unangenehm ist auch die Erscheinung, daß Marburg sich gegen die neue Bewegung wendet. Doch wir werden auch hier bald Ordnung schaffen. Auch der Preßverband ist für uns ungünstig, ein Wechsel in der Person des Leiters wäre erwünscht.

Pfarrer Walther:

Ich kann dasselbe sagen wie mein Herr Vorredner. Wir bilden politisch zusammen einen großen Wahlkreis. Neuerdings haben wir im April d. J. nach der Reichstagung

in Berlin mit öffentlichen Kundgebungen für die Deutschen Christen eingesetzt. Das Resultat ist erfreulich. Eine größere Anzahl jüngerer Pfarrer ist mit Freuden dabei. Von Schwierigkeiten gegenüber den Deutschen Christen können wir im Großen und Ganzen nicht reden. Manche Pfarrer sind durch die Affaire Bodelschwingh zurückhaltender geworden. Aber die Pfarrer sind stark miteinander verbunden, so daß anders eingestellte Pfarrer durch Agitation kaum etwas ausrichten werden. Wir sehen den Dingen sehr freudig und mutvoll entgegen.

Anders liegt die Sache in Frankfurt. Darüber bin ich nicht ganz im Bilde. Dort sind 58 Pfarrer z. Zt. tätig. Noch keine 8 haben sich irgendwie einigermaßen der Glaubensbewegung zugeneigt. Was in Frankfurt werden wird, kann ich nicht sagen. Wir haben 3 Stadtsynoden: eine lutherische, reformierte und unierte. Da werden Schwierigkeiten entstehen, zumal Frankfurt völlig unabhängig vom Staat war. Das hat die kleine Landeskirche stark in ihrem Selbstgefühl beeinflußt.

Zum Schluß möchte ich noch aussprechen, was Wehrkreispfarrer Müller gesagt hat: Wäre es nicht möglich, nachdem wir alle gehört haben, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind, daß wir die Dinge so laufen lassen, daß wir an die Verfassung herangehen, ihren ersten Teil fertigstellen und dem Kirchenvolk sagen: Das ist fertig, dazu sollt ihr euer Jawort geben, das ist der Anfang der Reichskirche. Dann stückweise die Verfassung weiter ausbauen und stückweise die Verfassung in Kraft setzen. Dann würde der Kampf mit den Synoden und Provinzen fortfallen.

Staatskommissar Jäger:

Es ist erleichternd für Frankfurt, daß Pfarrer Probst dort wirkt, ein zündender Redner.

Die Widerstände werden auf den vorgezeigten Wegen gebrochen werden müssen.

Was den Vorschlag anlangt, zunächst die Verfassung bezüglich der Gemeinden herzustellen, so kann ich das nur dahin verstehen, daß man einen Entwurf vorlegt, ihn den Leuten zeigt und ihnen sagt: so soll das später werden. Man kann doch von der künftigen Verfassung nicht einen Teil machen, ihn in Kraft setzen und dann wieder einen Teil machen. Wenn sich bezüglich der Gemeinden Schwierigkeiten ergeben, so wäre zu erwägen, daß ich von hier aus Notverordnungen erlasse, in der ich die Zusammensetzung in den Gemeinden regle, u. zw. in dem Sinne wie Herr Dr. Krummacher vorgeschlagen hat, den Pfarrer mit 2 Beiräten zu umgeben, oder so, wie es die künftige Verfassung in den Kirchengemeinden vorsieht.

Ich bitte zunächst, den Weg zu versuchen, daß überall die Neubildungen von der untersten bis zur obersten Vertretung erfolgen. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, die nicht zu überwinden sind, dann wäre der Weg der Notverordnungen offen, der m. E. zweifelsfrei zu beschreiten [beschritten] werden müßte. In einem gewissen Sinne läge dann allerdings das Odium auf uns, daß wir nicht an das Kirchenvolk so herangegangen sind, wie es uns vorgeschwebt hat.

Ein Telegramm ist inzwischen von Schneidemühl eingegangen, das verlesen wird: Erbitten einschneidende Maßnahmen gegen das Konsistorium, um eine weitere Schädigung von Kirche und Volk zu vermeiden.

Unterschrift: Kroll.

Superintendent Will

führt dazu aus: Am Donnerstag war eine Versammlung der Deutschen Christen, die von ungefähr 130–140 Personen besucht war. Es sammelte sich soviel Explosivstoff an, daß es zu dem Antrag von Kroll kam, der sonst ein sehr ruhiger Mann ist: Die Versammlung sollte beschließen, wir wollen nur unserem Führer und seinen Mitarbeitern folgen; das Konsistorium existiert nicht.²⁴

Staatskommissar Jäger:

Ihre Aufgabe ist es da, die Sache zu klären und in die richtige Bahn zu bringen.

Rechtsanwalt Dr. Noack:

Ich habe noch eine Frage: Ist es für die Beauftragten möglich, daß sie durch ihre Organe ein Verbot für jegliche politische Kundgebung herausgehen lassen? Ist es für ihn möglich, einen Superintendenten, der, wenn er 24 Stunden länger im Amte bleibt, für Kirche und Volk schädlich wird, vorläufig seines Amtes zu entheben? Ferner besteht die Möglichkeit, daß die Pfarrer eine Versammlung ohne politische Überschrift zusammenrufen und doch darin politisch agitieren?

Staatskommissar Jäger:

Eine Verordnung gegen jede politische Kundgebung kann herausgehen. Hinsichtlich der Personenfrage ist festgestellt, daß der Kommissar nicht grundsätzlich eingreifen soll, aber in besonderen Fällen zum Handeln ermächtigt ist. In Zweifelsfällen, kann Anweisung, evtl. telephonisch, von Berlin erbeten werden. Im übrigen kann ich nicht jeden einzelnen Fall erwähnen; es bleibt da alles der Übersicht und der Initiative der Herren Kommissare vorbehalten.

Rechtsanwalt Dr. Noack:

Ich habe noch eine Frage: In den nächsten Tagen werden eine Menge Telegramme hinausgehen müssen. Können wir uns wegen der Kosten an die Provinzialvertretung wenden?

Staatskommissar Jäger:

Sie können alles machen, was, wie Sie glauben, im Rahmen der Durchführung Ihrer Aufgabe liegt. Spezifizieren kann ich die einzelnen Aufgaben nicht.

Dr. Werner

Können die Herren Beauftragten auch kassenmäßig verfügen?

Kons.Rat Dr. Fürle:

Ich kann nur für Altpreußen sprechen. Da scheint mir die Situation so zu liegen, daß ohne weiteres Mittel für alle diese Zwecke zur Verfügung stehen. Jeder Kommissar hat das Recht, den Bestand der Kasse sich zu verschaffen und darüber zu verfügen. Es ist natürlich zu berücksichtigen, daß, wenn eine neue Vertretung gewählt wird, auch diese Kosten beanspruchen kann. Diese werden aber erheblich geringer sein als die jetzigen Kosten.

Staatskommissar Jäger:

Der Kommissar ist die Behörde im Rahmen seiner Aufgaben. Er kann dann auch die Mittel beanspruchen und über sie verfügen, die er nötig hat.

Landrat Dr. Krummacher:

Ich möchte ein Beispiel geben: Ich werde morgen folgendes veranlassen: Alle Ausgänge sind mir vorzulegen, damit ich prüfe, ob eine Hemmung für die Neuordnung der Kirche darin enthalten ist.

Staatskommissar Jäger stimmt zu.

Punkt II. Presse

D. Freitag:

Es ist nötig, daß in der Presse schleunigst die Bestellung des Herrn Staatskommissars und die ersten kirchlichen Kundgebungen erfolgen. Die Gegenseite ist uns zu-

²⁴ Vgl. *Ludwig Heine: Geschichte des Kirchenkampfes in der Grenzmark Posen-Westpreußen 1930–1940. Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes Bd. 9, Göttingen 1961.*

vorgekommen, indem die Generalsuperintendenten der altpreußischen Union einen Gegenaufruf an die Gemeinden erlassen haben, der ungefähr mit dem Bibelwort schließt: Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein? Diesen Aufruf können wir nicht durchgehen lassen.

Staatskommissar Jäger:

Wir sollten darüber sprechen, was für die Gleichschaltung der Presse zu tun ist.

D. Freitag:

Die kirchliche Presse (Grevemeyer)²⁵ bittet, daß er bedient wird mit Nachrichten aus der Presse. Die Leute, die mit uns gekämpft und hinter uns gestanden haben, haben ein Recht darauf, nicht mit blinden Augen dazustehen, sondern müssen überall orientiert sein. An die andere Presse, die politische Presse, geben wir von uns aus ebenfalls die Nachrichten. Die kirchliche Presse hat sich in der Regel so furchtbar gegen uns gestellt, daß nur eine Übernahme durch uns erfolgen kann. Hier ist die kommissarische Besetzung des Epd bereits erfolgt. Sie wird auch an anderen Orten erfolgen. Wo Widerstände zu Tage treten, müssen sie von uns besetzt werden.

Staatskommissar Jäger:

Im Rahmen der Aufgaben der Kommissare liegt es, hier eine Gleichschaltung vorzunehmen.

Pfarrer Hahn-Hannover

schlägt vor, dort, wo die kirchliche Presse nicht pariert, sie auszuschalten und statt dessen „Evangelium im dritten Reich“ zu übernehmen.

Rechtsanwalt Dr. Noack:

Ich nehme an, daß bei der Glaubensbewegung eine Abteilung „Presse“ vorhanden ist, die die Vorarbeiten schon geleistet hat. Man müßte sich mit ihr nur in Verbindung setzen.

Dr. Werner:

Ich weiß aus den Erfahrungen meiner Anwaltspraxis, wie schwierig es ist, einen privatrechtlichen Verein gleichzuschalten. Die Presse hat ein großes Vermögen. Es besteht keine Möglichkeit, an dieses Vermögen jetzt heranzukommen. Es geht nur auf dem Wege der Gleichschaltung, daß neue Blätter aufgezogen werden. Wir können die alten Blätter zwar stilllegen, aber nicht darauf einwirken.

D. Freitag wiederholt nochmals seinen Vorschlag.

Pfarrer Christiansen:

Die Kommissare müssen sofort die Überprüfung des Preßverbandes vornehmen. Er versorgt die Tagespresse mit Orientierungen kirchlicher Art und muß daher so besetzt sein, daß Artikel in die Tagespresse unbedenklich lanciert werden können. Wenn beim Preßverband eine falsche Besetzung ist, müssen wir sofort eingreifen.

Die Kommissare müssen sich sofort vorlegen lassen, wer Schriftleiter für die Sonntagboten und Gemeindeblätter sind. Diese sind nicht identisch mit den Preßverbänden. Es gibt kirchliche Blätter, die nicht vom Preßverband beeinflußt werden. Auch diese müssen überprüft werden.

Pause

Pfarrer Christiansen:

Der Evangelische Pressedienst [Epd] ist neu besetzt worden. Er ist ein E. V. und aus diesem Grunde bestehen formaljuristische Schwierigkeiten, die Gehälter zu zah-

²⁵ Max Grevemeyer, Stadtverordneter und kommissarischer Geschäftsführer des Evang. Preßverbandes für Deutschland.

len. Daher muß es außer dem revolutionären Recht, das wir haben, versucht werden, ihn von innen heraus durch seine Mitglieder zu gewinnen. Seine Mitglieder sind die Preßverbände in den Provinzen. Wir müssen die Mitglieder gleichschalten. Es muß die erste Aufgabe der Kommissar sein, daß sie die Preßverbände bei sich zu Hause überprüfen und dann sofort an den Epd und Grevemeyer berichten: Hier ist gleichgeschaltet, es ist eine Mitgliederversammlung einberufen, die die erforderlichen Beschlüsse gefaßt hat.

Noch eins. Die Sonntagsboten- und Gemeindeblätterpresse hat hinter sich ein ganz ungewöhnlich großes Imponderabile, das ein Gewicht an sich darstellt. Der Vorschlag, statt ihrer das Evangelium im dritten Reich zu bringen, ist daher nicht gut. Es würde viele Kreise überraschen und scheu machen. Es muß erreicht werden, daß diese Schriftleitungen von uns besetzt werden.

Und dann das letzte: Der Rundfunk. Man erwartet von ihm das Aktuellste. Man kann unschwer im Zeitdienst kurze Gespräche, vielleicht Dialoge, über die Fragen, die jetzt hier geregelt werden, einschieben. Die Öffentlichkeit muß benachrichtigt werden. Das ist aber nur da möglich, wo wir den Rundfunk überwachen. Diese Frage ist sofort zu prüfen, evtl. ist eine neue Besetzung vorzunehmen. So z. B. wird im Zeitdienst morgen abend über die Frage „Die evangelische Kirche“ gesprochen.

Staatskommissar Jäger

dankt für die Ausführungen und betont nochmals hinsichtlich der Presse, daß es rechtliche Schwierigkeiten nicht gibt. Der Staatskommissar hat alle Rechte des Staatsministeriums; es ist deshalb gleichgültig, ob man sich einem E.V. gegenüber befindet oder nicht. Hier haben wir zur Vorsorge auch die Zustimmung des Herrn Wehrkreispfarrers Müller, der der Bevollmächtigte des Herrn Reichskanzlers ist. Es ist natürlich besser, in den Gebieten, wo es möglich ist, den legalen Weg zu gehen, der weniger Schwierigkeiten macht. Im Notfalle müßte evtl. durch eine einstweilige Verfügung beim Gericht das Erforderliche durchgesetzt werden. Ich habe keine Zweifel, daß ein solcher Beschluß durchginge, nachdem der Beschluß des Ministers vorliegt.

Wehrkreispfarrer Müller:

Ich habe bereits mit den beiden Herrn, die retardiert haben, die Sache besprochen. Der Vorstand wird zusammengerufen; ich will mit ihm reden und werde ihm gut zureden, daß er sich fügt. Fügt er sich nicht, wird der andere Weg begangen werden.

Dr. Werner:

Die einzelnen Bevollmächtigten müssen ihre Adressen hier abgeben, damit wir sofort jede Verfügung an sie durchgeben können.

Staatskommissar Jäger:

Ich bitte die einzelnen Bevollmächtigten darum, besonders die einzelnen Bevollmächtigten der Kirchenprovinzen, zu einer zu verabredenden Zeit noch einmal zusammen zu kommen, um wichtige Dinge zu bereden, damit ein einheitliches Vorgehen gewährleistet wird.²⁶ Ich bitte nun Herrn Pfarrer Hossenfelder, das Schlußwort zu sprechen.

Pfarrer Hossenfelder:

Es geht heute darum, die Kirche aus ihrer Ordnungslosigkeit zu erlösen, ihr durch eine Neuordnung erst zur echten Entfaltung ihrer Kraft allein aus dem Glaubensgrunde der Reformation heraus zu verhelfen. Daß es der Staat ist, der Voraussetzungen zur Lösung reiner Ordnungsfragen der Kirche bei der Verwirrung der gegenwärtigen Lage schafft, darf einen evangelischen, in den Grundanschauungen der

²⁶ Jäger traf sich am 28. Juni 1933 erneut mit seinen Bevollmächtigten.

Reformation erzeugten Christen nicht Wunder nehmen. Die Verkündigung des Evangeliums selbst und der seelsorgerliche Auftrag, den die Kirche allein von ihrem erhöhten Herrn und Heiland Jesus Christus hat, wird dadurch nicht berührt. Alle die, welche um eine sichere Gestalt unserer Kirche in dem großen Umbruch dieser Zeit besorgt sind, müssen daher tief dankbar sein für die große Last und Bürde, die der Staat bei all seinen ungeheuren Aufgaben auch noch mit der Neuordnung der Kirche übernommen hat.

Bis zu der großen Stunde, da die evangelische Kirche des ganzen Reiches ihre neue Verfassung hat, bleiben Akte gegen die wohlgemeinte Absicht des Staates Akte des Ungehorsams, mögen sie kommen, von wem und woher auch immer. Wir rufen die Gemeinden hierdurch auf, sich freudig und tatbereit dem großen Werk der Neuordnung der Kirche, wie es nunmehr eingeleitet ist, lobend, betend, dankend und handelnd zur Verfügung zu stellen.

Wir vertrauen bei unserem Werk auf den allmächtigen Gott. Er segnet die, die aufrichtig Seine Kirche lieben und Seine Kirche wollen. Amen.

Staatskommissar Jäger:

Unser Führer, unser Volk und unsere wahre Kirche: Heil!
Ich schließe die Versammlung.